BLAUE RATHAUSPOST



Unser Blick auf die Stadtpolitik



Liebe Leipziger,

eine Stadt lebt vom Engagement ihrer Bürger, vom offenen Austausch und von Entscheidungen, die nachvollziehbar und verantwortungsvoll getroffen werden. Politik sollte nicht an den Menschen vorbei gestaltet werden. Sie muss zuhören, unterschiedliche Perspektiven ernst nehmen und bereit sein, Entscheidungen kritisch zu hinterfragen.

Als AfD-Fraktion im Leipziger Stadtrat verstehen wir es als unsere Aufgabe, die Anliegen der Leipziger aufzunehmen, Fragen zu stellen und Entwicklungen aufmerksam zu begleiten. Wir wollen sichtbar machen, wo aus unserer Sicht Handlungsbedarf besteht, welche Alternativen möglich sind und wo politische Entscheidungen den Alltag der Menschen unmittelbar betreffen. Dazu gehört auch, unbequeme Fragen zu stellen und Themen anzusprechen, die andernorts zu wenig Beachtung finden. Dabei geht es uns um mehr als einzelne Beschlüsse oder kurzfristige Debatten. Wir wollen, dass Leipzig seine Möglichkeiten nutzt, Prioritäten klar setzt und mit den vorhandenen Mitteln sorgsam umgeht. Die Interessen der Bürger müssen dabei im Mittelpunkt stehen. Gute Kommunalpolitik braucht klare Ziele, nachvollziehbare Entscheidungen und den Mut, unterschiedliche Auffassungen offen auszutragen.

In dieser Ausgabe möchten wir Ihnen Einblicke in unsere Arbeit im Stadtrat geben. Wir berichten über Entwicklungen, ordnen Entscheidungen ein und zeigen, wofür wir uns einsetzen. Dabei ist uns wichtig, nicht nur Ergebnisse zu benennen, sondern auch die Hintergründe und unsere Positionen verständlich zu machen.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit kritisch begleiten, sich eine eigene Meinung bilden und mit uns im Gespräch bleiben.



Mehr Demokratie wagen!

Die Stärkung der direkten Demokratie ist der AfD-Fraktion Leipzig eine Herzensangelegenheit. Die Bürger unserer Stadt wollen Lokalpolitik aktiv mitgestalten, etwa mit Petitionen oder Einwohneranfragen, ohne befürchten zu müssen, dass ihre Vorschläge und Interessen zu wenig Berücksichtigung finden. Um die Akzeptanz direktdemokratischer Instrumente weiter zu erhöhen, fordern wir die Absenkung des Zustimmungsquorums bei Bürgerentscheiden in Leipzig auf das gesetzliche Mindestmaß von 15 Prozent der Stimmberechtigten. Nur wenn die Bürger wissen, dass sie auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung wichtige Entscheidungen mitgestalten können, werden sie die Instrumente der direkten Demokratie langfristig annehmen.

Dadurch kann das Vertrauen in die Demokratie erhöht und der demokratische Prozess in unserer Stadt gestärkt werden.

Darüber hinaus wollen wir die bestehenden Beteiligungswege verständlicher und transparenter gestalten. Dazu gehören klare Informationen zu Abläufen, Fristen und Zuständigkeiten sowie nachvollziehbare Entscheidungen. Bürger sollen leichter erkennen können, wie ihre Anliegen behandelt werden und welche Möglichkeiten der Mitwirkung ihnen offenstehen. So wird kommunale Beteiligung im Alltag einfacher und besser zugänglich.

Auch neue Formen der Mitsprache sollen stärker genutzt werden. In den Leipziger Ortschaften setzen wir uns deshalb auch für die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein. Wir streben außerdem an, die Stadtbezirksbeiräte – wie in Dresden – direkt wählen zu lassen. Hier gilt: Nicht der Rat soll entscheiden, wer die Einwohner eines Stadtteils im jeweiligen Stadtbezirksbeirat vertritt, sondern die Bürger!

Literaturhaus Leipzig gerettet!



Das Literaturhaus Leipzig ist das einzige Literaturhaus im Freistaat Sachsen. Seit dem Jahr 1990 engagiert es sich kontinuierlich für die Buch- und Leseförderung und bietet mit Lesungen, Podiumsdiskussionen und weiteren Veranstaltungen ein wichtiges kulturelles Angebot für die Stadt und ihre Bürger. Dabei hat es sich über viele Jahre als feste Adresse für Literaturvermittlung und kulturellen Austausch etabliert. Nachdem das aus DDR-Kulturmitteln stammende Vereinsvermögen nahezu aufgebraucht war, benötigte das Literaturhaus eine neue finanzielle Perspektive.

Diese ist inzwischen geschaffen: Der Stadtrat hat Ende April 2026 beschlossen, das Literaturhaus ab 2027 mit jährlich 205.000 Euro institutionell zu unterstützen. Damit ist seine Zukunft zunächst gesichert.

Die AfD-Fraktion Leipzig hatte bereits zuvor einen anderen Finanzierungsweg vorgeschlagen. Statt zusätzliche Mittel bereitzustellen, sollte geprüft werden, ob durch Umschichtungen innerhalb des institutionell geförderten Kulturbereichs Spielräume geschaffen werden können. Konkret schlugen wir eine Anpassung der Finanzierung der zehn institutionell geförderten soziokulturellen Einrichtungen vor.

Auch kulturelle Angebote müssen sich daran messen lassen, ob der Einsatz öffentlicher Mittel dauerhaft vertretbar und nachvollziehbar ist. Dabei geht es nicht darum, den kulturellen Wert des Literaturhauses infrage zu stellen, sondern um einen verantwortungsvollen Umgang mit den begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt.

Für die AfD-Fraktion gilt deshalb: Das Literaturhaus ist ein wichtiger Bestandteil des Leipziger Kulturlebens. Gleichzeitig muss die Stadt bei allen freiwilligen Leistungen auf eine ausgewogene Verteilung ihrer Mittel und eine regelmäßige Überprüfung der Ausgaben achten.



Zusätzliche Windkraftanlagen?

Mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) werden bundesweit zahlreiche Regionalpläne geändert oder neu aufgestellt. Bis 2027 bzw. 2032 müssen die Länder nachweisen, dass sie die vorgegebenen Flächenbeitragswerte für Windkraft erreicht haben. Für die Übergangszeit können Gemeinden nach §245e Abs. 5 BauGB selbst zusätzliche Windenergiegebiete ausweisen. Die Stadt Leipzig möchte von dieser Gemeindeöffnungsklausel offenbar Gebrauch machen.

Aus Sicht der AfD-Fraktion Leipzig ist das der falsche Weg. Zusätzlich zu möglichen Windvorranggebieten des Regionalplans könnte die Stadt eigene Flächen für Windkraft ausweisen und damit die Flächenkulisse im Stadtgebiet erheblich erweitern. Besonders betroffen wären die dörflich geprägten Ortsteile, deren Landschaftsbild und Charakter dadurch nachhaltig verändert werden könnten.

Bereits heute gibt es etwa in Knautnaundorf und Baalsdorf erheblichen Widerstand gegen den Entwurf der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Leipzig-Westsachsen. Die AfD-Fraktion hatte deshalb gefordert, auf die Anwendung des §245e Abs. 5 BauGB zu verzichten. Dieser Antrag wurde im Februar 2026 von der Ratsversammlung abgelehnt.

Unsere Position bleibt klar: Die Stadt Leipzig darf nicht selbst zusätzliche Flächen für Windkraft schaffen, wenn entsprechende Flächen bereits auf Ebene der Regionalplanung ausgewiesen werden können.

Die Energiewende darf nicht zulasten von Landschaft, Natur, Lebensqualität und den Interessen der Menschen in unseren Ortsteilen gehen. Wir stehen für eine verantwortungsvolle und ausgewogene Stadtentwicklung statt für einen immer weitergehenden Windkraftausbau auf kommunaler Ebene.

Neue Hundesteuersatzung der Stadt Leipzig: Fluch oder Segen?

In der Bundesrepublik Deutschland ist es allgemein üblich, dass für das Halten eines Hundes eine steuerliche Abgabe an die jeweilige Kommune zu entrichten ist. Dieser Vorgang ist vor dem Hintergrund einer ordnungspolitischen Steuerung der Anzahl an Hunden auf dem Gemeindegebiet sogar nachvollziehbar. Unter Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes können Städte und Gemeinden Steuerbefreiungstatbestände in ihren Hundesteuersatzungen verankern. Leipzig zum Beispiel gewährte in der Vergangenheit Besitzern von Tierheimhunden eine sechsmonatige Steuerbefreiung, Blindenführhunde und Rettungshunde mit Prüfbescheinigung sind komplett von der Hundesteuer ausgenommen. Auf Antrag der AfD-Fraktion Leipzig sind mit Inkrafttreten der neuen Hundesteuersatzung zum 1. Januar 2026 nun auch Assistenz- und Therapiehunde von der Steuer befreit.

Gerade bei diesen Hunden ist eine Entlastung sinnvoll: Anschaffung, Ausbildung und Ausstattung sind bereits mit erheblichen Kosten verbunden. Assistenzhunde ermöglichen Menschen mit Einschränkungen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, während Therapiehunde unter anderem bei der Behandlung psychischer oder neurologischer Erkrankungen eingesetzt werden.

Gleichzeitig wurde mit Inkrafttreten der neuen Satzung die Hundesteuer insgesamt deutlich erhöht. Seit Jahresbeginn 2026 werden je nach Anzahl der gehaltenen Hunde 120 bis 150 Euro fällig – eine Erhöhung um bis zu 50 Prozent. Aus Sicht der AfD-Fraktion ist diese Mehrbelastung für die Hundehalter nicht gerechtfertigt. Schließlich sind auch die Kosten der Hundehaltung in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Allein die Gebühren für tierärztliche Leistungen erhöhten sich zuletzt deutlich, hinzu kommen gestiegene Preise für Futter und sonstigen Bedarf.

Umso berechtigter ist die Frage, welche Gegenleistung die Stadt für die Hundesteuer erbringt. Während andere Kommunen etwa Abfalleimer mit Beutelspendern und ausgewiesene Hundeauslaufflächen anbieten, fehlt es in Leipzig weiterhin an einer ausreichenden Infrastruktur für Hundehalter. Unser Vorschlag für einen flächendeckenden Ausbau von Abfalleimern mit Beutelspendern fand leider keine Mehrheit.

Die AfD-Fraktion hatte sich deshalb dafür eingesetzt, die bisherigen Steuersätze beizubehalten und stattdessen stärker zu differenzieren. Insbesondere sollte die Haltung tatsächlich gefährlicher Hunde als eigener Steuertatbestand berücksichtigt werden. Dies könnte eine sinnvolle Lenkungswirkung entfalten und zugleich den höheren kommunalen Verwaltungsaufwand bei der Erfassung und Überwachung solcher Hunde berücksichtigen.

Trotz fehlender Mehrheit für unsere Forderungen gibt es erste Fortschritte: Im Herbst 2026 werden in Engelsdorf durch Ehrenamtliche die ersten Abfalleimer mit Beutelspendern aufgestellt. Ein gutes Beispiel dafür, dass bürgerschaftliches Engagement dort einspringt, wo die Stadt bisher zu wenig tut.



Kultureinrichtungen in Not!

Steigende Kosten, leere Kassen, wachsende Schulden: Leipzigs Kultureinrichtungen stehen unter Druck. Trotz Einsparungen belastet die Haushaltskrise ihre Zukunft.

Leipzigs Kulturlandschaft steckt in finanziellen Schwierigkeiten. Ob Oper, Gewandhaus, Schauspiel, Theater der Jungen Welt oder Musikschule – steigende Personal- und Energiekosten belasten die Einrichtungen. Der Stadt fehlen Mittel, um die Mehrausgaben auszugleichen. Der Sparzwang wächst, obwohl die Häuser ihre Angebote erhalten wollen. Die Folgen werden zunehmend auch für das Publikum sichtbar: Die Oper passt ihren Spielplan an, das Gewandhaus spart ebenfalls. Wie lange lässt sich Leipzigs kulturelle Vielfalt so bewahren?

Die AfD-Fraktion Leipzig unterstützt Einsparungen, etwa durch angepasste Eintrittspreise und Spielpläne. Doch aus ihrer Sicht reichen diese Maßnahmen nicht aus, um die Finanzprobleme dauerhaft zu lösen.

Kritisch bewertet die AfD-Fraktion, steigende Defizite durch zusätzliche Kassenkredite zu finanzieren. Das würde die Schuldenlast erhöhen, statt Probleme zu lösen. Unsere Fraktion macht auch die Haushaltspolitik der bisherigen Ratsmehrheiten für die Lage mitverantwortlich. Mit Änderungsanträgen wollten wir einer weiteren Verschuldung entgegenwirken. Da unsere Vorschläge im Stadtrat keine Mehrheit fanden, lehnten wir die Wirtschaftspläne von Schauspiel und Theater der Jungen Welt ab.

Für uns als AfD-Fraktion steht fest: Ein „Weiter-so“ darf es nicht geben. Wir fordern grundlegende Strukturreformen und die ernsthafte Prüfung von Eigenbetriebszusammenlegungen. Dauerhaft steigende Zuschüsse und immer neue Schulden stellen keine tragfähige Lösung dar. Leipzig muss seine vielfältige Kulturlandschaft langfristig erhalten, ohne dabei die ohnehin angespannte finanzielle Zukunft der Stadt zusätzlich zu gefährden.

Umweltzone ade! Aber wann?



In Leipzig existiert seit 2011 die einzige Umweltzone in Sachsen. Sie nimmt etwa 60 Prozent des Stadtgebietes ein und darf nur von schadstoffarmen Kraftfahrzeugen mit grüner Plakette befahren werden. Bereits ab 2019 wurden die Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid an allen offiziellen Messstationen eingehalten. Da damit der rechtliche Grund für die Aufrechterhaltung der Fahrverbote schon damals entfiel, beantragte die AfD-Fraktion bereits im Jahr 2021 die Aufhebung der Umweltzone. Doch die Stadt reagierte mit Ablehnung und die verzichtbare Überregulierung wurde somit nicht gestoppt. Zuletzt forderte die AfD-Fraktion den OBM im Juni 2024 auf, die Umweltzone endlich aufzuheben und den Luftreinhalteplan entsprechend anzupassen. Es folgte eine erneute Ablehnung unseres Antrages. Nun wird unser Anliegen doch noch umgesetzt: Nach fast weiteren zwei Jahren kam die späte Einsicht, in dem die Stadt mitteilte, dass man sich von der Umweltzone verabschieden möchte. Allerdings wäre dies nur im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Stadt Leipzig möglich und diese könnte noch bis 2028 dauern. Der letzte „veraltete“ Luftreinhalteplan ist von 2018! Wider besseren Wissens bleibt uns also die überflüssige Umweltzone möglicherweise zwei weitere Jahre „erhalten“. Unfassbar!

Impressum:
AfD-Fraktion Leipzig
Neues Rathaus · Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig · Zimmer 178
Telefon: 0341 1232189
afd-fraktion@leipzig.de

www.afdfraktion-leipzig.de
facebook.com/afdfraktionleipzig
instagram.com/afd.fraktion.leipzig

V.i.S.d.P.:
Tobias Keller, Fraktionsvorsitzender

Bildnachweise:
S. 1, S. 3, S. 5: KI-genieriert, S. 2, S. 4: AfD-Fraktion Leipzig, S. 7: Ashqtara/pixabay.com, S. 8: studio v-zwoelf/stock.adobe.com

Ausgabe 02/2026